

Information

nach Artikel 13 EU-Datenschutz-Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGVO)
bei Erhebung von personenbezogenen Daten bei der betroffenen Person

Verantwortliche Stelle

Stadt Meerbusch, Die Bürgermeisterin

hier handelnd durch:

Fachbereich 1
Abteilungsleitung
Öffentliche Sicherheit und Ordnung
Wittenbergerstr. 21
40668 Meerbusch
02132/916-159
Arnd.Roemmler@meerbusch.de

Datenschutzbeauftragte

Die Datenschutzbeauftragte der Stadt Meerbusch
Dorfstraße 20
40667 Meerbusch
Tel. 02132/916-418
datenschutz@meerbusch.de

Zweck/e der Datenverarbeitung

In der Abteilung Ordnungsangelegenheiten werden insb. zur Wahrnehmung der Aufgaben der allgemeinen Gefahrenabwehr personenbezogene Daten gespeichert und verarbeitet.
Hierzu zählen insbesondere Namen, Adressen und Genehmigungshistorie ebenso wie Angaben über wirtschaftliche und persönliche Verhältnisse.

Die Datenerhebung erfolgt zu folgenden Zwecken:

- Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, der die Stadt Meerbusch unterliegt, Art. 6 Abs. 1 lit. c) DSGVO
- Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die der Stadt Meerbusch übertragen wurde, Art. 6 Abs. 1 lit. e) DSGVO
- Erfüllung von vertraglichen Pflichten, Art. 6 Abs. 1 lit. b) DSGVO, insb. zur Durchführung der geschlossenen Verträge bzw. Erfüllung der beauftragten Leistungen
- Im Rahmen der Interessenabwägung, Art. 6 Abs. 1 lit. f) DSGVO, soweit erforderlich: Verarbeitung der Daten zur Wahrung berechtigter Interessen der Stadt Meerbusch oder Dritten aufgrund einer Einwilligung, Art. 6 Abs. 1 lit. a) DSGVO

Rechtsgrundlage/n für die Datenverarbeitung

Die Daten werden unter Berücksichtigung der datenschutzrechtlich relevanten Bestimmungen der folgenden Gesetze und Verordnungen verarbeitet.

- Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) und Datenschutzgesetz NRW (DSG NRW)
- Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG)
- Gesetz zum Schutz von Luftverunreinigungen, Geräuschen & ähnlichen Umwelteinwirkungen (LImSchG)

- Erste Verordnung zum Sprengstoffgesetz (1. SprengV) und dem Gesetz über explosionsgefährliche Stoffe (SprengG)
- Bundesjagdgesetz (BJagdG) und Landesjagdgesetz (LJagdG)
- Ordnungsbehördengesetz NW (OBGNW), Polizeigesetz NW (PolGNW), Ordnungswidrigkeitengesetz (OWiG) und Bürgerliches Gesetzbuch (BGB)
- Landeshundegesetz (LHundG NRW)
- Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten (PsychKG)
- Kampfmittelverordnung
- Versammlungsstättenverordnung
- Landesfischereigesetz NW (LFischG) und Landesfischereiverordnung NW
- Gewerbegesetz (GewG) und Gewerbeordnung
- Straßenverkehrsgesetz (StVG), Straßenverkehrsordnung (StVO) und Straßen- und Wegegesetz (Str. WGNW)
- Gaststättengesetz und Nichtraucherschutzgesetz NW (NiSchGNW)

Empfänger oder Kategorie von Empfängern der Daten

Das Ordnungsamt kann zum Zwecke der gesetzlichen oder vertraglichen Aufgabenerledigung die gespeicherten Daten an Dritte übermitteln, wie bspw. den Rhein-kreis-Neuss, das Kraftfahrbundesamt, die Finanzverwaltung, dem Zoll, Polizeidienststellen, technische Untersuchungsbehörden wie TÜV, Ausländerzentralregister, Bundesamt für Justiz, Staatsanwaltschaften und Gerichten.

Eine Datenübermittlung in Drittstaaten findet nicht statt.

Dauer der Speicherung oder Kriterien für die Feststellung der Speicherdauer

Die Daten werden entsprechend der gesetzlichen Vorgaben gespeichert, das heißt, dass Daten nur so lange verarbeitet und gespeichert werden, wie es für die Erfüllung der entsprechenden Aufgabe erforderlich ist.

Die konkrete Speicherdauer ist abhängig von dem Zweck der Datenverarbeitung sowie von verschiedenen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten und den gesetzlichen Verjährungsfristen.

Gelangen personenbezogene Daten an das Bürger- und Ordnungsamt und ist eine Zuständigkeit für die Verarbeitung nicht gegeben, werden unmittelbar gelöscht.

Pflicht zur Bereitstellung der Daten und mögliche Folgen einer Nichtbereitstellung

Zur Aufgabenerfüllung müssen der Stadt Meerbusch nur diejenigen persönlichen Daten zur Verfügung gestellt werden, die für die Erfüllung der Aufgabe beziehungsweise der Begründung, Durchführung und Beendigung einer Geschäftsbeziehung erforderlich sind.

Sind diese nicht vollständig, so kann es sein, dass Leistungen nicht oder nur teilweise gewährt werden können, entzogen werden oder dass sich die Bearbeitung verzögert.

Ferner wird in der Regel der Vertragsschluss abgelehnt und bereits bestehende Verträge nicht mehr durchgeführt und beendet.

Rechte der betroffenen Personen

Betroffene Personen haben bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen folgende Rechte:

- Recht auf Auskunft über die verarbeiteten personenbezogenen Daten
- Recht auf Akteneinsicht nach den verfahrensrechtlichen Bestimmungen
- Recht auf Berichtigung unrichtiger personenbezogener Daten
- Recht auf Löschung personenbezogener Daten
- Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung
- Recht auf Widerspruch gegen die Datenverarbeitung wegen besonderer Umstände
- Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde

Zuständige Aufsichtsbehörde

Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit
Nordrhein-Westfalen
Kavalleriestr. 2-4, 40213 Düsseldorf
Telefon 0211/38424-0, Fax 0211/38424-10
E-Mail: poststelle@ldi.nrw.de
Internet: www.ldi.nrw.de